

Solidarität als politische Tugend

*Was moralisch falsch ist, kann
nicht politisch richtig sein.*

William Gladstone

I

In diesem Jahr 1967, das bereits zum größten Teil hinter uns liegt, haben wir überreichlich Gelegenheit gehabt, darüber nachzudenken, was die Solidarität als politische Tugend uns bedeutet. Wir haben zugleich mehr als einmal Gelegenheit gehabt, diese Tugend zu üben: Griechenland, der Nahe Osten, Vietnam, Lateinamerika — Anlässe dazu gab es wahrhaftig genug. Wer von uns möchte aber ernstlich behaupten, daß wir — als einzelne wie als Gemeinschaft — genügend oder überhaupt nur ein klein wenig echte Solidarität geübt haben?

Die Bilanz ist erschreckend, doch genügt es gewiß nicht, dies offen auszusprechen und allenfalls sich und anderen Besserung zu geloben. Vielmehr sollten wir uns fragen, woher es kommt, daß wir alle immer wieder versagt haben. Einer der Gründe dafür dürfte sein, daß wir hier im sogenannten freien Westen — und nur für diesen Teil der Menschheit können wir mit einiger Berechtigung sprechen — im allgemeinen nicht mehr an die Werte glauben, zu denen wir uns mit den Lippen bekennen.

Die liberale Demokratie krankt gewiß auch an mancherlei funktionellen Beschwerden. Der parlamentarische Mechanismus versagt oder stockt, weil er für eine Gesellschaft entworfen wurde, die es heute nicht mehr gibt. Die Entscheidungen, die heute von den Regierenden getroffen werden müssen, sind so kompliziert geworden, daß selbst ein politisch gebildeter Bürger sie häufig nicht mehr zu überblicken und zu beurteilen vermag. Ein Volk von fünfzig oder hundert Millionen Seelen heute mit fast denselben Methoden regieren zu wollen wie ehemals ein Gemeinwesen von drei oder vier Millionen, ist kaum möglich und muß selbst im günstigsten Fall auf beträchtliche Schwierigkeiten stoßen.

II

Alle diese funktionellen Beschwerden und strukturellen Mängel sind jedoch nicht der eigentliche Grund dafür, daß die liberale Demokratie in sich fragwürdig geworden ist. Das hat seine Ursache vielmehr darin, daß wir keine Ideale mehr haben, für die wir, wie man so sagt, auf die Barrikaden zu steigen bereit sind. Der Dichter *Jean Paul* hat einmal gesagt: „Ohne politische Träume stürbe jeder Staatskörper ... Wer nichts will als Gegenwart, wäre gewiß nicht ihr Schöpfer geworden.“

Wo sind unsere politischen Träume? Wer es in unseren Tagen hierzulande unternimmt, über den allerdings notwendigen Kleinkram des politischen Tagesgeschäfts hinauszudenken, bekommt alsbald zu hören, er hänge Utopien nach und wandle mit dem Kopf in den Wolken einer Zukunft, die sich niemals verwirklichen lasse. Die Deutschen in der Bundesrepublik sind gewiß nicht die einzigen Zeitgenossen, die so handeln und reden und über Utopien spotten, aber als einer von ihnen ist man nun einmal aufgerufen, sich vornehmlich mit diesen seinen Landsleuten zu beschäftigen. Die meisten Deutschen in der Bundesrepublik aber wollen nichts als Gegenwart und werden deshalb schwerlich eine Zukunft haben.

Die Demokratie, zu der wir uns mit den Lippen bekennen, ist zum großen Teil eine Frucht der französischen Revolution, deren einstmal mitreißende Parolen noch heute an der Fassade unzähliger öffentlicher Gebäude in Frankreich eingemeißelt sind: Freiheit,

Gleichheit, Brüderlichkeit. Keine dieser drei höchsten Tugenden oder Werte der Demokratie sind jemals vollständig verwirklicht worden — weder die Freiheit noch die Gleichheit oder Gerechtigkeit, am wenigsten aber die Brüderlichkeit, die nur ein weniger politisch gefärbter Name für die Solidarität ist. Der Dreiklang ist harmonisch nur, wenn alle drei Tugenden gleichermaßen geübt werden. *Johann Gottfried Seume*, ein Zeitgenosse der französischen Revolution, hat gesagt: „Wo keine Gerechtigkeit ist, ist keine Freiheit, und wo keine Freiheit ist, ist keine Gerechtigkeit.“ Das stimmt wohl, aber weder Freiheit noch Gerechtigkeit haben dort Bestand, wo sie nicht von der brüderlichen Solidarität der Menschen getragen werden.

III

Vv as solche Solidarität in der politischen Praxis bedeutet, können wir an mannigfaltigen Beispielen des jüngsten Weltgeschehens studieren. Beginnen wir mit *Griechenland*. Die Bundesrepublik ist ebenso wie viele andere westliche Staaten durch den Nordatlantikkpakt mit Griechenland verbündet. In der Präambel dieses 1949 geschlossenen Vertrages heißt es von den vertragschließenden Parteien: „Sie sind entschlossen, die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation der Völker zu sichern, die sich auf die Grundsätze der Demokratie, der individuellen Freiheit und der Herrschaft des Rechts gründet.“ Als diese Sätze 1949 formuliert wurden, mußten sie gerade für Griechenland viel bedeuten, wo eben ein jahrelanger Bürgerkrieg mit der Niederlage der Kommunisten geendet hatte. Das war ein Sieg für die Freiheit gewesen, doch blieb er unvollständig, weil die Freiheit keine Entsprechung in sozialer Gerechtigkeit fand. Vielmehr wurde die schroffe Ungleichheit zwischen Reich und Arm, die das griechische Leben schon seit Jahrzehnten gekennzeichnet hatte, nach dem Sieg über die Kommunisten wiederhergestellt. Wer aber danach in Griechenland für eine gerechtere Sozialordnung eintrat, wurde fast löimer als Gesinnungsgenosse und Wegbereiter des Kommunismus in Verruf gebracht. Als Schließlich im Frühjahr 1967 der Sieg einer sozialistisch orientierten Mehrheit bei freien Wahlen so gut wie sicher erschien, verübten reaktionäre Kreise einen Staatsstreich und beseitigten dabei auch wieder die 1949 scheinbar gesicherte individuelle Freiheit. Im Äppil: 1967 wurde in Athen die Demokratie abgeschafft und von ebenso ehrgeizigen wie bornierten Offizieren eine faschistische Gewaltherrschaft errichtet.

IV

Allein schon im Hinblick auf die Präambel des Nordatlantikkpakt es mußten die mit Griechenland verbündeten Demokratien dem neuen Regime die Anerkennung versagen. Im Namen von Freiheit und Gerechtigkeit mußten sich alle demokratischen Mitglieder der NATO mit dem unterdrückten griechischen Volk solidarisch erklären. Nichts dergleichen geschah. Ja, es sind bis heute noch nicht die Stimmen zum Schweigen gekommen, die da sagen, daß der amerikanische Geheimdienst — mit oder ohne Wissen der Regierung in Washington — zu den Drahtziehern des griechischen Staatsstreiches gehört habe. Am mutigsten hat sich noch die dänische Regierung benommen, der man übrigens, da eine dänische Prinzessin auf dem griechischen Thron sitzt, noch am ehesten mildernde Umstände zubilligen könnte, wenn sie es nicht zum vollständigen Bruch hat kommen lassen. Die übrigen Regierungen können derartige Entschuldigungen nicht vorbringen. Für sie alle gilt, was der Schweizer Dichter *Max Frisch* am 27. Mai 1967 in Zürich in öffentlicher Kundgebung gesagt hat:

„*Wer die Offiziere in Athen als griechische Regierung anerkennt, bevor die politischen Gefangenen entlassen sind und sich öffentlich zu Wort melden können, und bevor Wahlen stattgefunden haben, hat sich auf Menschenrechte als die Moral der freien Welt nicht mehr zu berufen. Was aber verteidigen wir dann? Eine Lüge.*“

Das war ein Akt der brüderlichen Solidarität, zu der wir alle, keineswegs nur unsere Regierungen, verpflichtet sind. Ja, wir einzelne Bürger sind noch mehr dazu verpflichtet als unsere Regierungen, die oftmals, wenn auch längst nicht immer zu recht, für ihr Versagen die Staatsräson ins Feld führen können. Wir einzelne können das nicht. Wir können unsere Solidarität nur durch brüderliches Verhalten bekunden. Was aber tun unzählige von uns? Sie sind in diesem Sommer als Touristen nach Griechenland gereist, als ob dort nichts geschehen wäre. Sie wiederholen die bössartigen Dummheiten, die sich in den dreißiger Jahren unzählige Engländer, Amerikaner, Franzosen und andere gegenüber dem von *Hitler* unterdrückten *Deutschland* haben zuschulden kommen lassen. Es stört sie nicht, daß Tausende von griechischen Bürgern nur wegen ihrer politischen Meinung eingekerkert und gequält werden. Sie entziehen sich ihrer Pflicht zu brüderlicher Solidarität.

V

Oder wie halten wir es mit dem *Nahen Osten*? Dort schien zunächst alles ganz einfach zu sein, solange nämlich der Staat Israel sich im tatsächlichen oder vermeintlichen Zustand der Lebensgefahr die arabische Bedrohung durch bewaffnete Notwehr vom Halse schaffte. Damals war es leicht und zudem auch richtig, die Partei der Israeli zu ergreifen. Für niemand war das leichter und zudem natürlicher als für uns Deutsche, die freilich in diesem Fall eher vom Gefühl vergangener Schuld als gegenwärtiger Solidarität gelenkt wurden.

Inzwischen sind die Dinge jedoch kompliziert geworden. Der siegreiche Bedrohte tritt mit der Geste des Eroberers auf. Nicht etwa der General *Dajan*, dem man mancherlei zutraut, sondern der demokratische Ministerpräsident *Eschkol* hat erklärt, daß der Suezkanal die natürlichste Grenze zwischen Israel und Ägypten sei, und es gibt immerhin Anzeichen dafür, daß Israel auch Westjordanien behalten will, obwohl damit der jordanische Staat seine Existenzgrundlage verlöre. Gesetzt den Fall, daß solche vorerst nur hie und da geäußerten Absichten zur erklärten Politik des Staates Israel würden — wem müßten wir dann eigentlich unsere brüderliche Solidarität zuteil werden lassen?

Die Verhältnisse im Nahen Osten sind unendlich verwickelt, und wir Deutsche sind gewiß nicht in erster Linie dazu berufen, an der Entwirrung dieser widerstrebenden Ansprüche mitzuwirken. Wir dürfen unsere Haltung weder allein auf unsere unauslöschliche Schuld gegenüber den Juden noch gar auf platten wirtschaftlichen Opportunismus gründen. Wir müssen im Nahen Osten eine Lösung wünschen und befördern, die Juden und Arabern soviel Freiheit und Gerechtigkeit wie möglich beschert, und wir müssen *jedem* — ob Jude oder Araber — in brüderlicher Solidarität zur Seite stehen, der selber eine solche Lösung anstrebt.

VI

Über *Vietnam* braucht man in diesem Zusammenhang nicht mehr viel zu sagen. Es gibt nicht mehr viele Menschen, die eine Fortsetzung des amerikanischen Krieges in diesem Lande für gerechtfertigt oder auch nur für sinnvoll halten. Wohl aber gibt es immer mehr Menschen, die in der Weiterführung dieses schmutzigen Krieges ein Verbrechen gegen die Menschenrechte sehen. Auch dazu sollte man *Max Frisch* in seiner schon einmal zitierten Rede hören. Was er damals über Griechenland gesagt hat, gilt auch für Vietnam:

„Auch in unserem Land fehlt es nicht an Leuten, die jedes Verfahren für gerechtfertigt erklären, das in irgendeinem Land der Welt wenigstens Sozialismus verhindert; notfalls eben auch eine Militärdiktatur, notfalls auch Völkermord. Wir signalisieren, daß dies nicht der Geist aller schweizerischen Staatsbürger ist.“

Wir Deutsche in der Bundesrepublik sind aufgerufen, dieses Signal aufzunehmen und weiterzugeben. Es ist nicht der Geist aller Staatsbürger in unserem Lande, daß Militär-

diktatur und Völkermord legitime Mittel seien, um selbst die Herrschaft von Kommunisten in einem andern Lande zu verhindern. Es sollte jedenfalls unser aller Geist sein, in brüderlicher Solidarität dafür zu sorgen, daß Freiheit und Gerechtigkeit in dieser Welt ausgebreitet und nicht eingeengt und erstickt werden.

VII

In *Lateinamerika* reisen Revolutionäre durch die Lande und rufen die in Armut und Elend lebenden Völker auf, immer neue Vietnams zu veranstalten, um dadurch die Vorherrschaft der Nordamerikaner zu brechen. Man kann das politische Brandstiftung nennen. *Verdammen* sollten diese verwerfliche Methode jedoch nur Menschen, die bereit sind anzuerkennen, daß in fast allen lateinamerikanischen Ländern krasseste Ungerechtigkeit und, damit verbunden, für viele Menschen Unfreiheit herrscht. Verdammen sollten solche revolutionären Bestrebungen nur Menschen, die möglichst durch Taten, jedenfalls aber durch Bekundung ihrer brüderlichen Solidarität dazu beitragen wollen, daß die bedrohlichen Voraussetzungen solcher politischen Brandstiftung beseitigt werden. Unsere Solidarität aber gebührt gewiß nicht den wenigen steinreichen Bergwerks- und Plantagenbesitzern, die in fast allen diesen Ländern die politische Macht fest in Händen halten. Unsere brüderliche Solidarität gebührt den Armen und Unterdrückten — und außerdem Männern wie dem chilenischen Präsidenten *Eduardo Frei*, der durch Reformen den revolutionären Umsturz verhindern und seinem Volk auf friedlichem Wege Freiheit und Gerechtigkeit verschaffen möchte.

VIII

Die Besinnung auf die politische Tugend der Solidarität ist vermutlich das einzige, was uns und andere Bewohner moderner Industriestaaten vor der tödlichen Langeweile der bloßen Wohlstandsgesellschaft bewahren kann. Nicht als ob es nicht, auch innerhalb unserer Gesellschaft ständig lohnende Aufgaben zu bewältigen gäbe. Sie gehören jedoch einer anderen Größenordnung an als jene Pflichten, zu denen wir angesichts der Vielzahl unterentwickelter Länder und Erdteile aufgerufen sind.

Die Vorstellung, daß eines Tages auf dieser Erde nicht mehr täglich Zehntausende Hungers sterben müssen, sondern daß allenthalben die körperlichen, geistigen und seelischen Mindestbedürfnisse aller Menschen befriedigt werden können, erscheint heute vielen von uns als politischer Traum. Nicht minder utopisch erscheint der Gedanke, daß Freiheit und Gerechtigkeit eines Tages zu den höchsten Gütern *aller* Menschen zählen werden. Aber *Jean Paul* hat recht: „Ohne politische Träume stirbt jeder Staatskörper.“ Ohne politische Träume wird die Menschheit nicht mehr lebensfähig sein. Die Wohlstandsgesellschaften in Westeuropa und Nordamerika wollen heute nur ihre eigene Gegenwart. Sie scheinen vergessen zu haben, daß diese Gegenwart nur geschaffen wurde, weil es früher Menschen gab, die politische Träume hatten.

Die brüderliche Solidarität aller Menschen mag vielen von uns als Utopie erscheinen. Ebenso mag die Vorstellung, daß die Menschenrechte eines Tages so allgemeinverbindlich sein werden wie heute in jedem Lande die Verkehrsregeln, den meisten nur als unerreichbarer Traum erscheinen. Gleichwohl bleibt die Solidarität eine erstrebenswerte Tugend, wie auch die Menschenrechte dennoch zu den edelsten Errungenschaften menschlichen Geistes zählen. Ob ihre Durchsetzung utopisch sei, können wir getrost der Zukunft überlassen. Wir selber brauchen nur daran zu glauben und zu ihrer Verteidigung bereit zu sein. Glauben wir nicht daran, sind wir zu ihrer Verteidigung nicht bereit, so erweist sich, wie *Max Frisch* gesagt hat, unser ganzes politisches Leben als eine Lüge.